

Zeitschrift: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte =
Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 31 (2016)

Artikel: Die Zürcher Frauenzentrale : ein Beispiel für die Interessenvertretung
der bürgerlichen Frauenbewegung

Autor: Ruckstuhl, Brigitte / Ryter, Elisabeth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632480>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brigitte Ruckstuhl, Elisabeth Ryter

Die Zürcher Frauenzentrale

Ein Beispiel für die Interessenvertretung der bürgerlichen Frauenbewegung

The Zürcher Frauenzentrale. A Lobby for Women in Early 20th Century Switzerland

At the onset of World War I, several Zurich-based women's associations began cooperating with the goal of alleviating poverty. From this cooperation emerged the Zurich Women's Association (Zürcher Frauenzentrale) as a cantonal umbrella organisation. This essay describes the goals the Association pursued in the interwar period and discusses how it legitimized itself given that women did not yet have political rights. The Association succeeded in recruiting, as members, various Zurich-based bourgeois women's associations – a feat the Federation of Swiss Women's Associations (Bund Schweizerischer Frauenvereine) was not able to replicate on the national level. The Association employed well-known strategies and methods to advance its interests. Notably, it organised events concerning current issues, in the hope of building public support among women, it also tried to make its political voice heard by petitioning and by commenting on planned legislation. The Association's most visible achievements, however, were a consequence of its social commitment. For instance, it initiated the formation of various social institutions in the name of "social motherhood". Unsurprisingly, it was chiefly in this domain the Association's expertise was recognised by politicians. The Association gained some bargaining leverage as a result of its commitment to public welfare, but it simultaneously limited its scope by the focus on "social motherhood".

Als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der Differenzierung der Interessen in Wirtschaft und Gesellschaft die Gründung von Verbänden einsetzte, begannen sich auch die Frauen zusammenschliessen. Obwohl sie mehrheitlich aus dem Bürgertum stammten, waren ihre Anliegen sehr breit gefächert. Sie reichten von

der Gemeinnützigkeit über die Sittlichkeitsbewegung, von der Abstinenzbewegung über die Friedensbewegung bis hin zu konfessionell orientierten Organisationen. Um berufliche Interessen wahrzunehmen, hatten sich die Lehrerinnen, die Kindergärtnerinnen, die Gärtnerinnen, die Hebammen und die Krankenschwestern schon früh organisiert. Die klassenbewussten Arbeiterinnen gründeten ebenfalls Vereine.

Im Rahmen der Landesausstellung von Genf fand 1896 der erste schweizerische Frauenkongress statt. Er verfolgte unter anderem das Ziel, die unterschiedlichen, stark fragmentierten Interessen und Anliegen der Frauen zu bündeln. Der Kongress vermochte zwar die Frauenorganisationen breit zu mobilisieren, doch der Versuch, ein permanentes Koordinationsgremium zu schaffen, misslang. Vier Jahre später wurde ein neuer Anlauf genommen. Diesmal gelang es, den Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) zu gründen und damit der bürgerlichen Frauenbewegung eine nationale Dachorganisation zu geben. Das Interesse nationaler, kantonaler und lokaler Frauenorganisationen, bei diesem Projekt mitzumachen, blieb – zumindest in den Anfängen – begrenzt. Gerade die grossen nationalen Dachverbände, wie etwa der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein, blieben dem BSF noch über Jahre fern.¹ Was auf nationaler Ebene nur ansatzweise gelang, schafften die Frauen im Kanton Zürich. Sie gehörten mit den Baselstädterinnen und den St. Gallerinnen zu den Ersten, die mit der Frauenzentrale einen kantonalen Dachverband gründeten. Am Beispiel der Zürcher Frauenzentrale zeigen wir, welche Ziele und Interessen sie als Dachorganisation der bürgerlichen Frauenorganisationen verfolgte und mit welchen Strategien sie versuchte, Einfluss zu nehmen. Im Zentrum der Betrachtung stehen ihre Aktivitäten während der Zwischenkriegszeit.

Die Interessenvertretung oder das Lobbying fand in einer Zeit statt, als den Frauen in der Schweiz politische Rechte noch weitgehend vorenthalten waren. Wir gehen deshalb von einem umfassenden Lobbyingbegriff aus, im Sinn einer «Vertretung spezifischer Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern».² Bildlich gesprochen befanden sich die Frauen damals nicht im Vorraum der Macht, sondern im Wartezimmer des Vorrums. Ihre zentralen Interessen bezogen sich wie bei der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung auf zwei Ziele. Zum einen ging es um die Verbesserung ihrer eigenen Lage, um mehr Handlungsspielraum in der Öffentlichkeit und um formale Rechte. Zum andern strebten sie mit Referenz auf das dualistische Menschenbild eine Verbesserung der Gesellschaft durch das Einbringen

1 Beatrix Mesmer, *Ausgeklammert – Eingeklammert. Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts*, Basel 1988, S. 222–233; Silke Redolfi, *Frauen bauen Staat. 100 Jahre Bund Schweizerischer Frauenorganisationen*, Zürich 2000, S. 19–38.

2 Monika Spring, *Lobbying. Ein theoretischer Augenschein*, in: Othmar Baeriswyl (Hg.), *Lobbying in der Schweiz. Partikulärinteressen unter der Bundeskuppel*, Villars-sur-Glâne 2005, S. 14.

ihrer weiblichen Eigenschaften an.³ Um beide Ziele zu erreichen, kämpften sie mit unterschiedlichen Strategien. Im Vergleich zu den Formen heutigen Lobbyings⁴ fällt auf, dass die Frauen damals ein breites Spektrum ausschöpften. Mit Eingaben, Briefen, Einsitz in Gremien wandten sie Strategien und Instrumente an, die heute als direktes Lobbying verstanden werden. Als Gruppe, die sich den öffentlichen Raum erst erobern und Akzeptanz schaffen musste, setzten sie besonders stark auf indirekte Interessenvertretung: regelmässige Veranstaltungen, Medienberichte, öffentliche Mobilisierung. Mit den sozialen Tätigkeiten schlugen die Frauen die notwendige Brücke zwischen ihrem traditionellen Wirkungskreis und der Öffentlichkeit. Geprägt waren die Strategien stark von ihrem sozialen Hintergrund. Sie stammten aus der führenden sozialen Schicht, waren untereinander national und regional gut vernetzt und hatten gute Verbindungen zu den Entscheidungsträgern. Sie verfügten über ein grosses ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital.⁵ Diese Faktoren trugen dazu bei, dass die Frauen bei den Behörden angehört und teilweise auch Erfolge feiern konnten. Allerdings waren sie immer auf deren Wohlwollen angewiesen, besaßen sie doch keinerlei Macht- oder Sanktionsmittel. Zudem verzichteten sie aus freien Stücken weitgehend auf konfliktträchtige Strategien, wie sie etwa die ArbeiterInnenbewegung benutzte.

Die Gründung der Frauenzentrale

Die Zürcher Frauenzentrale ging aus der Zentralstelle Frauenhilfe hervor, die während der Mobilmachung zu Beginn des Ersten Weltkriegs entstanden war. Nora Escher, die als eine der ersten Historikerinnen zur bürgerlichen Frauenbewegung geforscht hat, nennt die Frauenzentralen «Kriegskinder der Frauenbewegung».⁶ Vertreterinnen bestehender Frauenorganisationen der Stadt Zürich wollten Massnahmen initiieren und koordinieren, um die durch den Kriegsausbruch verursachte Not der Bevölkerung zu lindern. Aufgerufen zu solchen lokalen Zusammenschlüssen hatte der BSF, dem damals die Zürcherin Klara Honegger (1860–1940) vorstand. Für die Frauenorganisationen bot der Kriegsausbruch eine Gelegenheit, sich zu «profilieren» und «den Spielraum der Frauen in der Öffentlichkeit zu erweitern».⁷

3 Bärbel Clemens. «Menschenrechte haben kein Geschlecht»! Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung, Pfaffenweiler 1988, Kapitel 1 und 4.

4 Baeriswyl (wie Anm. 2).

5 Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen 1983, S. 183–198.

6 Nora Escher, Entwicklungstendenzen der Frauenbewegung in der deutschen Schweiz 1850–1918/19, Zürich 1985, S. 234.

7 Beatrix Mesmer, Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971, Zürich 2007, S. 30.

In den ersten Monaten ihres Bestehens entfaltete die Zentralstelle Frauenhilfe zahlreiche Aktivitäten. Sie akquirierte Heimarbeitsaufträge für Militärbekleidung, half bei der Betreuung von Volksküchen mit und vermittelte Freiwillige für unterschiedlichste Einsätze. Nach einigen Monaten liess der Elan für solche Nothilfemassnahmen nach. Den Exponentinnen der Zentralstelle war es jedoch ein grosses Anliegen, die Zusammenarbeit weiterzuführen. In einem Brief an die verschiedenen Zürcher Frauenorganisationen schrieben sie, eine solche Organisation erhalte «ihre volle Berechtigung, sobald man ihr eine neue Form und neue Aufgaben» gebe, «die auch in normalen Zeiten von den vereinigten Frauenvereinen besser gelöst werden können als von einzelnen».⁸ So wurde im April 1916 das Kriegskind Zentralstelle Frauenhilfe in die Zürcher Frauenzentrale überführt. Die neu als Verein konstituierte und auf Dauer angelegte Dachorganisation bezweckte den Zusammenschluss der verschiedenen Zürcher Frauenorganisationen sowie interessierter Einzelmitglieder «zur gegenseitigen Anregung und zur Förderung gemeinsamer Interessen».⁹

Die Mitglieder

Während der ersten Jahrzehnte traten vor allem städtische Vereine und Stadtzürcherinnen der Frauenzentrale bei. 1926 – zehn Jahre nach ihrer Gründung – zählte diese 54 Kollektivmitglieder und 390 Einzelmitglieder.¹⁰ Den grössten Anteil unter den Kollektivmitgliedern hatten die kirchen- und quartiernahen, karitativ tätigen Frauenvereine. Vertreten waren auch Sektionen nationaler Dachverbände, wie beispielsweise der Gemeinnützige Frauenverein, die Abstinentsinnen oder die Zürcher Gruppe der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit. Nach und nach wurden nahezu alle städtischen Frauenorganisationen Mitglieder und die Frauenzentrale bildete das ganze Spektrum der bürgerlichen Frauenbewegung ab. Von Anfang an gehörten konfessionelle Frauenvereine mit dazu. Anders war es mit den parteipolitischen Frauenorganisationen, die sich seit den 1930er-Jahren zu formieren begannen. Obschon seitens dieser Organisationen Interesse an einer Mitgliedschaft bestand, war der Vorstand der Frauenzentrale der Meinung, die Zugehörigkeit zu einer Partei sei mit der politischen Neutralität ihrer Organisation nicht zu vereinbaren. Der Vorbehalt gegenüber parteipolitischen Frauengremien beschränkte sich aber auf deren Mitgliedschaft. Den Austausch und die Zusammenarbeit mit ihnen befürwortete die Frauenzentrale durchaus, zeitweise auch mit

8 Archiv der Frauenzentrale, Rundschreiben an die Vereinspräsidentinnen.

9 Archiv der Frauenzentrale, Statuten der Zürcher Frauenzentrale vom 27. 4. 1916.

10 Archiv der Frauenzentrale, Mitgliederverzeichnis 1926.

Vertreterinnen der SP-Frauen. Trotz dieser Einschränkungen bleibt festzuhalten, dass auf städtischer Ebene ein breiteres Bündnis gelang als dem BFS auf nationaler Ebene. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: in diesem geografisch beschränkten Raum kannten sich viele, weil sie in den gleichen gesellschaftlichen Kreisen verkehrten, verwandt waren oder gleichzeitig in mehreren Frauenorganisationen aktiv mitwirkten. Die Einzelmitglieder rekrutierten sich fast durchgehend aus dem städtischen (Gross-)Bürgertum. Viele waren mit freiberuflich tätigen Akademikern, mit Kaufleuten oder Industriellen verheiratet. Dass manche wohlhabend waren, zeigt sich unter anderem an den unverheirateten Frauen. Wie die verheirateten Mitglieder waren sie oft nicht erwerbstätig und konnten ihre Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten einsetzen. Ein solches Engagement war mit dem bürgerlichen Rollenmodell durchaus kompatibel, während in diesen Kreisen Vorbehalte gegenüber der weiblichen Erwerbsarbeit bestanden.

Ziele und Interessen

Die Ziele und Interessen der Frauenzentrale waren nicht in einem Programm definiert. Auch der allgemein gehaltene Zweckartikel der Vereinsstatuten sagt darüber wenig aus. Vereinzelt Äusserungen dazu lassen sich jedoch in den Jahresberichten finden: «Die Aufgaben, welche die Zürcher Frauenzentrale sich stellt, sind nicht fest umschrieben – das Gebot der Stunde, eine neu gewonnene Einsicht und Überzeugung, ein starker Impuls kann jederzeit neue Forderungen stellen – dann aber können auch Aktionen, die eine Zeitlang intensive Arbeit verlangten, ein Ende haben, oder, wenn unser Teil getan ist, an anderem Ort fortgesetzt werden. Bleibend sind die Grundgedanken, die Endziele: das Zusammenarbeiten vieler Frauen für das Wohl der einzelnen und der Gesamtheit, das Bewusstsein, dass wir Frauen immer mehr dazu kommen sollen, unsere spezielle Aufgabe zu erkennen und zu leisten, nämlich warmes mütterliches Empfinden in das Leben der Gemeinschaft zu tragen, mehr als es bis heute in unserer an den Kriegsfolgen leidenden und von Materialismus durchdrungenen Gesellschaft geschieht.»¹¹ Mit dieser langfristigen Zielsetzung wird auch das Interesse deutlich. Die Frauen, die bis anhin im öffentlichen Raum wenig präsent und aus den öffentlichen Debatten ausgeschlossen waren, wollten als Bürgerinnen am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben. Sie wollten mitreden, mitgestalten und ihr Handeln im öffentlichen Raum sichtbar machen, sich Gehör und Platz verschaffen. Die Frauen handelten entsprechend der damaligen dualen Geschlechterordnung, die sie als Hausfrau und Mutter in die Privatsphäre verwies. Mit der Zielsetzung, «warmes mütterliches Empfinden

11 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1923/24, S. 12.

in das Leben der Gemeinschaft zu tragen», bauten sie sich eine Brücke zwischen dieser Privatsphäre und dem öffentlichen Raum. Joris und Witzig nennen diesen Zugang «familiarisierte Öffentlichkeit».¹² Insbesondere mit ihrem sozialen Engagement und der Gründung wohltätiger Einrichtungen hoffte die Frauenzentrale ihren Handlungsspielraum zu vergrössern. Diese Anliegen wurden vor allem von den beiden langjährigen Vorstandsmitgliedern Marta von Meyenburg (1882–1972) und Maria Fierz (1878–1956) vertreten, die zu den Initiantinnen der 1921 gegründeten Sozialen Frauenschule in Zürich gehörten. Für diese beiden Frauen erschloss sich mit der Sozialarbeit ein Berufsfeld, innerhalb dessen sich die «soziale Mütterlichkeit» zivilgesellschaftlich verwirklichen liess. Dieses Konzept war zu Beginn des 20. Jahrhunderts unbestritten und galt der bürgerlichen Frauenbewegung als wichtige Grundlage, ihr gesellschaftliches Handeln zu legitimieren.¹³ Damit wick sie auf ein von den Männern nicht besetztes Feld aus und brauchte deshalb die etablierten Machtstrukturen nicht infrage zu stellen.

Es ist nicht einfach festzustellen, wessen Interessen die Frauenzentrale vertrat. Waren es in erster Linie Klasseninteressen, Fraueninteressen oder eine Mischung aus beidem? Für alle drei Interessenvertretungen lassen sich Beispiele finden. Im Sommer 1918 unterstützte die Frauenzentrale Demonstrantinnen aus linken Kreisen bei ihrer Forderung nach einer gerechteren Verteilung der knappen Lebensmittel mit einer Eingabe an das Kantonsparlament. Am 12. November des gleichen Jahres – am ersten Tag des Landesstreiks – schickt der Vorstand der Frauenzentrale dem Bundesrat ein Telegramm, um sich «für den Schutz der Stadt Zürich vor revolutionären Umtrieben unverantwortlicher Elemente»¹⁴ zu bedanken. Fast gleichzeitig liess er auf den Strassen der Stadt Zürich ein Flugblatt verteilen, in dem er bürgerliche und Arbeiterfrauen dazu aufrief, gemeinsam «zu einer friedlichen aber rascheren Entwicklung unserer Verhältnisse im Geist sozialer Gerechtigkeit»¹⁵ beizutragen. Die damalige und langjährige Präsidentin Maria Fierz war dezidiert der Meinung, soziale Gegensätze liessen sich auf dem Weg der Verständigung beseitigen. Es sei eine spezifisch weibliche Aufgabe «über Klassengeist und Klassenhass hinweg, die Güter zu retten, die zum Aufbau, zum Fortschritt, zum endlichen Frieden unentbehrlich sind: Besonnenheit, Einsicht und Menschenliebe».¹⁶ Das Flugblatt

12 Elisabeth Joris, Heidi Witzig, Konstituierung einer spezifischen Frauen-Öffentlichkeit zwischen Familie und Männer-Öffentlichkeit im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Mireille Othenin-Girard et al. (Hg.), Frauen und Öffentlichkeit. Beiträge der 6. Schweizerischen Historikerinnentagung, Zürich 1991, S. 143–160.

13 Sonja Matter, Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960), Zürich 2011, S. 51 f.

14 Brigitte Ruckstuhl, Elisabeth Ryter, Beraten, bewegen, bewirken. Zürcher Frauenzentrale 1914–2014, Zürich 2014, S. 73.

15 Ebd., S. 72. Das Flugblatt ist dort abgebildet.

16 Neue Zürcher Zeitung / Bürgerliche Presse, 14. 11. 1918.

verlangte von den Frauen des Bürgertums, mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln «für die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft» einzustehen. Als «gerechte Forderungen» bezeichneten die Verfasserinnen «die freie Entwicklung einer körperlich, geistig und sittlich gesunden Generation, die Teil hat an allem».¹⁷ Im Gegenzug forderten sie von den Arbeiterfrauen Vertrauen. Sie sollten zudem mithelfen, «russische Zustände» zu verhindern. Das Flugblatt erschien in einer Situation grosser politischer Spannungen. Dennoch ist es typisch für die Haltung des Vorstands der Frauenzentrale, insbesondere für die langjährige Präsidentin. In ihrer Wahrnehmung vertrat sie eine den Klassen übergeordnete Position. Ihr erklärtes Ziel war es, zum Wohl der gesamten Gesellschaft beizutragen – in einer Funktion, die nach ihrem Dafürhalten nur Frauen ausfüllen konnten. Fierz schwebte eine parteiübergreifende Frauensolidarität vor. Mesmer hat diese zeitweiligen Annäherungen als einen Versuch interpretiert, «so etwas wie eine Frauenpartei aufzubauen».¹⁸

Handlungsfelder

Die Frauenzentrale bearbeitete vielfältige Themen und Handlungsfelder. Diese Breite passte zu ihrem Interesse, auf «alles, was von aussen kommt und verlangt wird», zu reagieren.¹⁹ Die Liste der Tätigkeiten während des Berichtsjahrs 1918/19 illustriert die Vielfalt. Neben den bereits erwähnten Aktivitäten während des Generalstreiks machte sie eine Eingabe zuhanden des sich in Revision befindenden Wirtschaftsgesetzes. Im Fokus hatte sie dabei die Regelung der Polizeistunde. Sie gelangte mit der Bitte um die Einführung von Volksschulkursen, in denen den Mädchen die Konservierung von Obst und Gemüse beigebracht würde, an die kantonale Erziehungsdirektion. Weiter schrieb sie an das schweizerische Rote Kreuz betreffend die Nahrungslieferungen für die hungernden Frauen und Kinder der Zentralmächte. Sie bat die städtische Polizeidirektion um die Einschränkung der Tanzsonntage und verlangte in einer Eingabe an den Stadtrat die «Sanierung des Dirnenwesens».²⁰ Neben den Eingaben war die Frauenzentrale in der Nothilfe aktiv, engagierte sich bei den bereits bestehenden Angeboten, baute neue auf oder suchte nach weiteren Möglichkeiten, sich als nützlich zu erweisen. Konkret: sie sammelte Lebensmittel für Kranke, half bei den städtischen Volksküchen mit, vertrieb Stoffe zu erschwinglichen Preisen, unterhielt zwei Nähstuben, in denen die Besucherinnen bei Flick- und Änderungsarbeiten angeleitet wurden,

17 Vgl. dazu Ruckstuhl/Ryter (wie Anm. 14), S. 72.

18 Mesmer (wie Anm. 7), S. 103.

19 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1934/35, S. 17.

20 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1918/19, S. 2.

führte Kurse zur Herstellung von Finken und zum Gemüseanbau durch, richtete in einem Schulhaus ein Notspital für Opfer der Spanischen Grippe ein, gründete in Zürich die erste Berufsberatungsstelle für Frauen, vermittelte Zimmer an auswärtige Studentinnen, betrieb eine auf Frauenfragen spezialisierte Bibliothek, vermittelte Lehrstellen für Dienstmädchen und Freiwillige für soziale Einsätze, organisierte Vorträge zu verschiedenen Themen, übernahm die defizitäre Zeitschrift *Frauenbestrebungen*, setzte sie sich im Vorfeld der kantonalen Abstimmung für das Frauenstimmrecht ein und versuchte in der angespannten politischen Lage mit verschiedenen Anlässen eine Brücke zu den Frauen der Unterschicht zu schlagen.²¹ Auch wenn die Jahre 1918 und 1919 besonders bewegt waren, die lange Liste von Aktivitäten liesse sich in vergleichbarer Weise für weitere Jahre wiederholen. Die breite Palette von Tätigkeiten zeigt, wie die Vorstandsmitglieder der Frauenzentrale auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Themenbereichen versuchten, ihr Potenzial sichtbar und ihren Einfluss als Staatsbürgerinnen geltend zu machen.

Interne Kommunikation

Die Strategien und Mittel, welche der Vorstand der Frauenzentrale einsetzte, um seine Ziele zu erreichen, waren ebenso vielfältig wie seine Aktivitäten. Mit seinem Anspruch, «alles, was von aussen kommt», aufzunehmen, brauchte er sowohl unter den Mitgliedern der Frauenzentrale wie auch in einer weiteren Frauenöffentlichkeit eine Basis, die seine Anliegen teilte, unterstützte und verbreitete. Wie die Frauenzentrale auf den unterschiedlichen Ebenen agierte, um sich Gehör zu verschaffen, zeigen die folgenden Abschnitte beispielhaft auf. Zu den Mitgliedern pflegte der Vorstand den Kontakt über den ausführlichen, gedruckten Jahresbericht und die vierteljährlichen Delegiertenkonferenzen, zu denen auch die Einzelmitglieder Zugang hatten. Diese Konferenzen dienten der Information über Interna sowie der Diskussion und Entscheidungsfindung zu aktuellen Schwerpunktthemen. Ein weiteres wichtiges Gefäss waren die Treffen mit den Präsidentinnen der angeschlossenen Organisationen. Diese wurden vor allem dann zur Meinungsäusserung eingeladen, wenn sich der Vorstand bei einer Stellungnahme unsicher war oder sich nicht auf eine Position einigen konnte. Bei kontroversen Themen, wie etwa der erwähnten Unterstützung der Demonstration der Arbeiterinnen im Sommer 1918, sah sich der Vorstand gezwungen, eine grosse Versammlung der Mitglieder einzuberufen, um, wie er sagte, mit der Basis «Führung» zu nehmen.

21 Ebd.

Frauenöffentlichkeit

Der Frauenzentrale war klar, dass sie eine Frauenöffentlichkeit brauchte, die ihren Einfluss auf lange Sicht stärkte. Dazu setzte der Vorstand unterschiedliche Mittel ein. Zentral für eine Frauenöffentlichkeit waren die Kantonalen Frauentage, welche die Zürcher Frauenzentrale ab 1923 zusammen mit der Winterthurer Frauenzentrale regelmässig – meist jährlich – durchführte. Diese Tagungen wurden jeweils von 300–500 Frauen besucht. Um den Beschlüssen nach aussen hin Gewicht zu verschaffen, wurden die vom Plenum verabschiedeten Resolutionen an die Medien und oft auch an die Behörden verschickt. Daneben organisierte die Frauenzentrale periodisch Vorträge zu unterschiedlichen Themen. Oft liess sie dabei VertreterInnen gegensätzlicher Positionen zu Wort kommen. Ab 1919 war die Frauenzentrale zudem die Herausgeberin der monatlich erscheinenden *Frauenbestrebungen*. Sie musste deren Erscheinen nach drei Jahren aus finanziellen Gründen aber einstellen. Viele der Exponentinnen der Zürcher Frauenzentrale waren Mitglieder verschiedener Frauenorganisationen, oft sogar im Vorstand vertreten. Der dadurch entstandene hohe Vernetzungsgrad dürfte ebenfalls geholfen haben, eine Frauenöffentlichkeit zu konstituieren. Die Netzwerke bestanden sowohl auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Ein Paradebeispiel einer erfolgreichen Netzwerkerin war Sophie Glättli (1876–1951). Sie gehörte 1914 zu den Mitinitiantinnen der Zürcher Frauenhilfe und war deren Präsidentin. Dieses Amt übernahm sie zunächst auch in der Frauenzentrale, gab es 1917 ab, verblieb aber im Vorstand. Bis 1919 leitete sie gleichzeitig die Union für Frauenbestrebungen und von 1917 bis 1949 den Gemeinnützigen Frauenverein Zürich. Parallel dazu arbeitete sie ab 1911 in verschiedenen Funktionen im BFS mit. Ein weiteres Präsidium übernahm sie bei der 1923 geschaffenen Zentralstelle für Frauenberufe, und 1935 war sie Gründungsmitglied der Frauengruppe der FDP Zürich. Die enge Vernetzung der Exponentinnen – zu denen seitens der Frauenzentrale insbesondere Klara Honegger und Maria Fierz gehörten – dürfte nicht nur den Informationsfluss gefördert, sondern auch die Bildung von Allianzen für Eingaben bei Behörden erleichtert und, wenn nötig, schnelles Handeln ermöglicht haben.

Politische Partizipation ohne Stimmrecht

Für die Durchsetzung ihrer Interessen bei Behörden setzte die Frauenzentrale auf unterschiedliche Strategien und Mittel. Gängig waren Eingaben, mit denen der Vorstand von Anfang an die öffentliche Meinung und die Politik zu beeinflussen versuchte. Er nutzte damit ein etabliertes Instrument, das auch den Frauen offenstand und mit dem er uneingeladen aktiv werden konnte. Eine von der Frauen-

zentrale zusammengestellte Liste verzeichnet zwischen 1916 und 1945 rund 120 Eingaben.²² Mit diesem Begriff fasste sie verschiedene schriftliche Formate zusammen, die von Telegrammen, öffentlichen Schreiben und Resolutionen bis hin zu Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen reichten. Mit den Eingaben wandten sie sich gezielt an Behörden. Die Adressatinnen waren im genannten Zeitraum zu 41% kantonale, zu 37% städtische und zu 8% Bundesbehörden.²³ Die Eingaben richteten sich an die Parlamente, an Fraktionsvorsitzende, an die Exekutiven oder an einzelne Regierungsvertreter. Ein Recht, formell zu Vernehmlassungen eingeladen zu werden, konnte die Frauenorganisation nicht beanspruchen. Ein wichtiges Moment strategischer Überlegungen war der Entscheid, eine Eingabe allein oder in Verbindung mit anderen Organisationen zu lancieren. Mehrheitlich optierte der Vorstand für den Alleingang. Dennoch: rund ein Viertel der Eingaben verfasste er zusammen mit anderen Interessierten. In der Regel, aber nicht ausschliesslich, waren dies Frauenorganisationen – manchmal eine einzige, oft aber mehrere. In der Zwischenkriegszeit gelang die breiteste Allianz 1922. Es ging um eine kantonale Gesetzesvorlage, die den Frauen ein Stimm- und Wahlrecht in Kirchen- und Schulsachen sowie im Vormundschaftswesen einräumen sollte. Damals unterzeichneten kantonsweit 67 Frauenorganisationen. Die Vorlage wurde an der Urne dennoch mit einem Neinstimmenanteil von 73% verworfen. Eine weitere Möglichkeit, politisch Einfluss auszuüben, war die Einsitznahme in Gremien. Der Vorstand erachtete den Zugang zu behördlich bestellten städtischen und kantonalen Kommissionen als zentral. Diese Form der Einflussnahme war aber alles andere als selbstverständlich und gab zu Enttäuschungen Anlass, wie der Jahresbericht 1927/28 verdeutlicht: «Mit Bedauern haben wir gerade jetzt wieder konstatieren müssen, wie wenig die Mitarbeit der Frau noch gewertet wird. Zu den Vorberatungen für die Neuorganisation der städtischen Armenpflege ist keine Frau zugezogen worden und es wurde gar nicht nach Frauenwünschen gefragt.»²⁴ Und an die eigene Adresse: «Wir werden uns nun umso mehr dafür einsetzen müssen, dass in die Armenpflege und ihre Kommissionen möglichst viel Frauen gewählt werden.»²⁵ Ein Jahr später vermeldete der Jahresbericht einen Erfolg: die Präsidentin Maria Fierz war in die städtische Armenpflege gewählt worden und die Geschäftsführerin Emmi Bloch in zwei Studienkommissionen der städtischen Gesundheitsdirektion.²⁶

22 Archiv der Frauenzentrale, Liste der Eingaben von 1916–1985. Es bleibt zu überprüfen, ob diese Liste vollständig ist.

23 Die weiteren 13% setzen sich aus ganz unterschiedlichen Organisationen und Institutionen zusammen.

24 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1927/28, Zürich 1928, S. 3 f. Die Jahresberichte der Frauenzentrale wurden jeweils gedruckt.

25 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1927/28, Zürich 1928, S. 4.

26 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1928/29, Zürich 1929, S. 8.

Unter dem Aspekt der Teilhabe an der Ausgestaltung politischer Prozesse konnte die Vertretung in Kommissionen als Erfolg verbucht werden. Sie musste immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Ob es den Vertreterinnen jeweils gelang, in diesen Gremien eine Frauen-Perspektive oder – wie etwa im Kontext der städtischen Armenpflege – ihr Wissen als Expertinnen einzubringen, entzieht sich unserer Kenntnis. Festzustellen ist jedoch generell, dass die Mitglieder des Vorstands als gut informierte und selbstbewusste Bürgerinnen auftraten. Ihr Informationsstand wie auch ihr Selbstbewusstsein basierten auf ihrer Zugehörigkeit zur gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch tonangebenden Schicht der Stadt Zürich. Dies eröffnete interessierten Frauen die Möglichkeit, sich die erforderlichen Informationen aus gut unterrichteten Quellen zu beschaffen. Die Strategien und Mittel, welche die Frauen für die öffentliche Einflussnahme einsetzten, waren stark von ihrem bürgerlichen Habitus geprägt. Dieser verbot es ihnen, ihre Anliegen im öffentlichen Raum zu vertreten. Demonstrationen, Umzüge oder gar Streiks lehnten sie kategorisch ab. Als es beispielsweise 1925 darum ging, die regierungsrätliche Haltung zu Mieterschutzfragen gegenüber der Bundesbehörde zu unterstützen, beschloss die Delegiertenkonferenz der Frauenzentrale «ein Inserat für eine allfällige Demonstration der politischen Parteien mitzuunterzeichnen, wenn die Versammlung in geschlossenen Räumen abgehalten wird. Sollte aber unter freiem Himmel demonstriert werden, würde die [Frauenzentrale] eine eigene Kundgebung veranstalten.»²⁷ Eine Ausnahme machte sie erst bei den ab 1959 durchgeführten Fackelzügen zum Frauenstimmrecht. Auch Unterschriften für Petitionen oder Initiativen im öffentlichen Raum zu sammeln sollte bis weit in die Nachkriegszeit eine delikate Angelegenheit bleiben. Noch 1991 weigerte sich die Frauenzentrale, beim Frauenstreik mitzumachen. Mit solchen Einschränkungen verzichtete sie darauf, das ganze Protestrepertoire auszuschöpfen.

Die Hauswirtschaft als Dauerbrenner

Neben den Eingaben zu aktuellen Themen verfolgte die Frauenzentrale langfristige Zielsetzungen, die sie unter Einsatz verschiedenster Strategien und mit grosser Hartnäckigkeit verfolgte. Dazu gehörte die hauswirtschaftliche Bildung. An diesem Thema kommt am deutlichsten zum Ausdruck, welche gesellschaftlichen Aufgaben die Frauenzentrale den Frauen an erster Stelle zudachte. Dieses Thema hatte von Anfang an einen grossen Stellenwert, war aber nicht neu. Gemeinnützige Frauenvereine setzten sich seit dem 19. Jahrhundert für die Vermittlung von hauswirtschaftlichen

²⁷ Archiv der Frauenzentrale, Protokoll der ausserordentlichen Delegiertenkonferenz vom 25. 3. 1925.

Kenntnissen ein, die sie als wichtige «Hilfe zur Selbsthilfe»²⁸ für Unterschichtfrauen sahen. Sie waren überzeugt davon, dass eine gute – sprich bürgerlich geprägte – Haushaltsführung entscheidend dazu beitragen konnte, Armut zu verhindern. In der Stadt Zürich war die Verbindung zwischen der örtlichen Sektion des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins und der Frauenzentrale besonders eng. Mit der hauswirtschaftlichen Bildung verfolgte die Frauenzentrale verschiedene Interessen. Sie sollte den Mädchen der Unterschicht Kenntnisse vermitteln, einen Haushalt mit wenigen Mitteln zu führen. Die bürgerlichen Frauen waren überzeugt, dass dies ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage war. Hauswirtschaftlich ausgebildete Frauen eigneten sich zudem besonders gut als Dienstbotinnen. Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens gründete die Frauenzentrale eine Dienstlehrstellenkommission, die es sich zur Aufgabe machte, schulentlassene Mädchen «zwecks gründlicher Erlernung der Hausgeschäfte»²⁹ in geeigneten Haushalten zu platzieren. Auch arbeitslose Frauen wurden zu Adressatinnen der zahlreichen hauswirtschaftlichen Kurse, welche die Frauenzentrale zu Beginn der 1920er-Jahre und in den 1930er-Jahren im Auftrag der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion durchführte. Bei dieser Zielgruppe ging es ebenfalls nicht nur um uneigennützigere Vermittlung von Kenntnissen. Vielmehr sah man auch hier ein Reservoir an Dienstbotinnen, von dem die Klientel der Frauenzentrale profitieren können sollte.

Der Anspruch, einen perfekten Haushalt zu führen, galt auch für die bürgerlichen Frauen. Sie erachteten hauswirtschaftliche Kenntnisse als unverzichtbaren Teil der weiblichen Bildung. Dieser Logik folgend postulierte 1921 der zweite schweizerische Frauenkongress, Hausfrau sei der erste Beruf der Frauen. Konsequenterweise setzte sich die Frauenzentrale zusammen mit anderen Frauenorganisationen für die Einführung des obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichts für Mädchen ein. Nach mehrjährigem Kampf wurde dieser Wunsch im Kanton Zürich 1931 gesetzlich verankert. Die Frauenzentrale verbuchte dies als grossen Erfolg.

Spontane Mobilisierung

Neben den langfristig verfolgten Zielen nahm die Frauenzentrale tagesaktuelle Themen auf. Nicht immer hatte sie dabei aber so viel Erfolg wie beim folgenden Beispiel. 1930 wurde inmitten heftiger Auseinandersetzungen um die Abtreibungsfrage in Zürich der Film *Frauennot – Frauenglück* gezeigt. Er wollte auf das Schicksal von Frauen aufmerksam machen, die sich aus sozialer und indivi-

28 Gaby Sutter, Sonja Matter, Brigitte Schnegg, Fürsorge und Sozialarbeit in der Stadt Bern 1900–1960, hg. vom Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern, Bern 2008, S. 17.

29 Archiv der Frauenzentrale, Protokoll der Delegiertenkonferenz vom 25. 4. 1917.

dueller Not zu einer Abtreibung veranlasst sahen. Sie begingen nach der damaligen Rechtslage nicht nur eine Straftat, sondern setzten oft auch ihr Leben aufs Spiel, weil sie auf nicht fachgemässe Hilfe ausweichen mussten. Gleichzeitig pries der Film die Errungenschaften der Medizin in der Geburtshilfe und zeigte Aufnahmen von Geburten in der kantonalen Frauenklinik. Diese Aufnahmen lösten einen Sturm der Entrüstung aus, initiiert von der Frauenzentrale. Sie rief im *Tagblatt* und im *Tages-Anzeiger* zum Protest gegen den Film auf. Innerhalb kurzer Zeit kamen mehr als 12'000 Unterschriften zusammen. Eine von ihr organisierte Versammlung wurde von 1400 Personen besucht. Der Andrang war so gross, dass der Anlass auf verschiedene Räume verteilt werden musste. In erster Linie für Entrüstung sorgte nicht die Abtreibungsfrage, sondern die im Film dargestellte Geburt. Für die Frauenzentrale war es ein Tabu, den Geburtsvorgang öffentlich darzustellen. Aus ihrer Sicht wurde er dadurch banalisiert und herabgemindert. Mit dieser wirkungsvollen Aktion mobilisierte die Frauenzentrale innerhalb kurzer Zeit eine grosse Anzahl Personen und erwirkte vom Stadtrat, dass die von ihr als anstössig empfundenen Stellen zensuriert wurden.

Wie viel Politik darf sein?

Die Frauenzentrale gab sich politisch neutral. Einfluss nehmen hiess aber Stellung beziehen. War ein Thema brisant, stellte sich sofort die Frage nach dem Politikverständnis. Als die Schweiz in den 1930er-Jahren plötzlich von faschistischen Staaten umgeben war und auch hierzulande sich faschistische Organisationen lautstark bemerkbar machten, war es zumindest für einen Teil des Vorstands klar, dass es nicht mehr möglich sei, sich auf soziale Themen und Werke zu beschränken. Er wollte sich für Friedensarbeit engagieren und äusserte grosse Vorbehalte gegenüber den Luftschutzvorlagen und der Wehranleihe zur Finanzierung der Landesverteidigung. Dies löste bei einigen Einzel- und Kollektivmitgliedern Unmut aus und führte zu spannungsreichen Situationen – auch innerhalb des Vorstands. Wie schwierig es manchmal war, eine Balance zu finden, brachte die Verfasserin des Jahresberichts 1935/36 präzise zum Ausdruck: «Da heisst es dann: die Frauenzentrale sollte sich um dies und jenes mehr kümmern oder auch nicht kümmern, sie sei zu politisch, zu frauenrechtlerisch; sie sei zu konservativ, zu sozialistisch, zu wenig oder zu pazifistisch, sie mische sich zu sehr in die Arbeit der angeschlossenen Vereine oder aber sie habe zu wenig Interesse für deren Arbeit usw.»³⁰ Der Blick auf die geführten Diskussionen macht deutlich, dass unter den Kollektiv- und Einzelmitgliedern lediglich in Bezug auf die Nothilfeprojekte,

30 Jahresbericht der Zürcher Frauenzentrale 1935/36, S. 1.

die hauswirtschaftlichen Themen oder die Beratung von Frauen ein tragfähiger Konsens bestand. Solange der Vorstand hier Felder besetzte und Lücken füllte, liess man ihn gewähren. Gingen Anliegen über diesen Bereich hinaus, war der Hinweis auf die politische Neutralität der Frauenzentrale seitens der Mitglieder schnell zur Hand.

Bilanz

Mit den Frauenzentralen entstand während und nach dem Ersten Weltkrieg in der Frauenbewegung ein neues Strukturelement. Die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs primär vertikal organisierte Bewegung erhielt durch die lokalen Zusammenschlüsse eine Basis, die eine horizontale Vernetzung ermöglichte.³¹ Das Beispiel der Zürcher Frauenzentrale zeigt, dass solche horizontalen Netzwerke zunächst hauptsächlich ein städtisches Phänomen waren. Sie trugen dazu bei, Frauen aktiv für die Mitarbeit zu gewinnen und die Basis für ihre Interessenvertretung zu vergrössern. Die Frage, was die Frauenzentrale in ihrer Funktion als Interessenvertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung in dem geschilderten Zeitraum erreichte, ist nicht einfach zu beantworten. Die Frauenzentrale übernahm während des Ersten Weltkriegs eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Behörden und Zivilgesellschaft.³² Über diesen Zeitraum hinaus hatte sie die Funktion einer Plattform, die Austausch und Koordination ermöglichte. Mit den kantonalen Frauentagen schuf sie beispielsweise eine Frauenöffentlichkeit, die weit über ihren Mitgliederbestand hinausging. Durch ihre permanente Präsenz in verschiedenen Themenbereichen brachte sie ihre Anliegen in die öffentlichen Debatten ein und konnte diese zumindest teilweise beeinflussen.

Grosse Erfolge erzielte die Frauenzentrale mit ihren «Frauenprojekten». Als Initiatorin wie als Koordinatorin von sozialen Einrichtungen leistete sie Pionierarbeit. In der Realisierung dieser Aufgaben kam ihr die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu (gross)bürgerlichen Kreisen entgegen, nicht zuletzt bei der Akquisition von Finanzmitteln. Wenn dies auch nicht als Lobbyarbeit im engeren Sinn gelten kann, so trauten Stadt und Kanton der Frauenzentrale Kompetenz in sozialen Fragen zu und waren immer wieder bereit, Projekte zu subventionieren. Durch ihr soziales Engagement verschaffte sich die Frauenzentrale sowohl bei ihren Mitgliedern als auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz und Handlungsspielraum. Beides waren zentrale Grundvoraussetzungen für die Erreichung ihrer Ziele und für eine potenziell

31 Mesmer (wie Anm. 7), S. 111.

32 Regula Stämpfli, *Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Frauenemanzipation und Schweizer Militär 1914–1945*, Zürich 2002, S. 64.

erfolgreiche Lobbyarbeit. Mit ihrem Selbstverständnis als «Mütter der Nation», mit dem sie ihren Anspruch auf öffentliche Teilhabe legitimierte, trug sie jedoch dazu bei, das duale Geschlechtermodell zu verfestigen und den Handlungsspielraum wieder einzuengen. Die Akzeptanz der Frauen im öffentlichen Raum war so lange gegeben, als diese sich auf Handlungsfelder beschränkten, die mit der weiblichen Rolle konform waren.

